

19.11.2013

Antrag

der Fraktion der FDP

Forschung und Innovationen im Mittelstand in NRW durch gezielte Maßnahmen stärken – bestehende Instrumente zur KMU-Unterstützung optimieren und ausbauen

I. Ausgangslage

In einem zunehmend globaleren Wettbewerb ist für die Zukunft unserer Unternehmen und ihrer Beschäftigten von entscheidender Bedeutung, vorhandene Kenntnisse und Fähigkeiten zu nutzen und zu erweitern, um Produkte und Dienstleistungen durch eigene Entwicklung zu verbessern. Innovationsorientierte Unternehmen setzen dabei nicht allein auf Nachahmung, sondern investieren in eigene Forschung und Entwicklung (FuE). Die steigende Komplexität an Forschungsaufgaben und sich stetig verkürzende Innovationszyklen stellen Unternehmen dabei vor zunehmend wachsende Herausforderungen.

Dies gilt insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die für Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen eine überragende volkswirtschaftliche Bedeutung haben. In Deutschland zählen nach der Definition des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM), die gegenüber der rein quantitativen Kriterien berücksichtigenden Definition der Europäischen Union aus dem Jahr 2003 auch qualitative Kriterien (wie Einheit von Eigentum und Leitung) einbezieht, rund 98 Prozent aller Unternehmen dazu.

KMU in Nordrhein-Westfalen beschäftigen etwa 80 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen und bilden rund 83 Prozent aller Auszubildenden aus. Der deutsche Mittelstand erwirtschaftet mit rund zwei Billionen Euro rund 37 Prozent des gesamten Umsatzes deutscher Unternehmen. Er steuerte im Jahr 2010 knapp 52 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung der deutschen Unternehmen bei. KMU stellen die größte Zahl von Arbeitsplätzen bereit, bieten die

Datum des Originals: 19.11.2013 /Ausgegeben: 19.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

größte Anzahl an Ausbildungsplätzen, sind standorttreu, gehören zu den Hauptakteuren im Innovationsgeschehen und sind ein Motor für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung.

Auch bei Forschung und Entwicklung spielen KMU eine wichtige Rolle. So haben die KMU ihre internen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in der jüngsten Wirtschaftskrise im Gegensatz zu Großunternehmen (-2,5 Prozent) 2008 bis 2010 um 4,6 Prozent gesteigert. Im Jahr 2010 erbrachten Unternehmen mit weniger als 550 Beschäftigten mit 8,7 Milliarden Euro einen Anteil von 15 Prozent an den gesamten FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors. Über die Hälfte der deutschen KMU (54 Prozent) brachten in den vergangenen drei Jahren neue Produkte oder Verfahren auf den Markt. Diese Verhältnismäßigkeiten gelten im Wesentlichen auch für Nordrhein-Westfalen.

Die Forschungsförderung in Nordrhein Westfalen, im Bund und der Europäischen Union muss daher in besonderer Weise diese wichtige Gruppe von Unternehmen in den Blick nehmen. Die Strukturen der Forschungsförderung für KMU müssen sich an deren Bedürfnissen und an den bei ihnen vorhandenen Möglichkeiten orientieren. Sie müssen ihnen den Zugang zu Fördermitteln und -programmen ermöglichen bzw. erleichtern. Förderverfahren sollten daher so ausgestaltet sein, dass sie den personellen und finanziellen Ressourcen der Unternehmen entsprechen und diese nicht überfordern.

Unter Federführung von FDP-Wissenschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart hat das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2005 bis 2010 hierzu wichtige Instrumente auf den Weg gebracht und die Gründung und den Ausbau der nordrhein-westfälischen Innovations.Allianz begleitet. Im Jahr 2008 wurde das technologieoffene Landesprogramm „Mittelstand.innovativ!“ gestartet, um den Mittelstand dabei zu unterstützen, auch in der Krise in die Forschung und Entwicklung innovativer Produkte und Herstellungsverfahren zu investieren. Ziel dabei war es, dass Wirtschaft und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen Synergien schaffen und gemeinsam Innovationen entwickeln. Die Unternehmen, besonders die KMU, sollen vor allem von der dichtesten Hochschullandschaft Europas und ihrer Forschung profitieren – und umgekehrt die Hochschulen von dem praktischen Wissen der Unternehmen.

- *InnovationsAllianz*

Die im Januar 2007 gegründete InnovationsAllianz der NRW-Hochschulen ist das größte Hochschulbündnis im Bereich Wissens- und Technologietransfer in Deutschland. Mittlerweile gehören ihr über 29 Universitäten und Fachhochschulen sowie vier Hochschul- und Transfergesellschaften aus Nordrhein-Westfalen und 16 Cluster an.

- *„Mittelstand.innovativ!“ – das Innovationspaket: Innovationsgutscheine, Innovationsassistenten und Innovationsdarlehen*

Um die Forschungs- und Innovationskooperationen kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken, wurden neue Innovationsinstrumente eingeführt. Innovationsgutscheine fungieren als Eintrittskarte für KMU zu den

Forschungslaboren der besten europäischen Hochschulen und Institute. Sie ermöglichen dort die vergünstigte Nutzung von Know-how und Infrastruktur zur Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Ansprechpartner hierfür ist die InnovationsAllianz. Mit dem über die NRW.Bank laufenden Innovationsdarlehen oder -kredit werden Unternehmen bei Investitionen in innovative Produkte oder Verfahren unterstützt. Das Instrument Innovationsassistent unterstützt KMU bei der Einstellung und Beschäftigung junger, motivierter Universitäts- und Fachhochschulabsolventen.

Die InnovationsAllianz und die Innovationsinstrumente sind eine Erfolgsgeschichte. Das belegen zahlreiche Best-Practice-Beispiele. So haben sich durch die Innovationsgutscheine beispielsweise ein junges Biotech-Unternehmen aus Düsseldorf und das Westdeutsche Tumorzentrum auf dem Campus der Universität Duisburg-Essen gefunden und arbeiten seitdem gemeinsam an einem Arzneimittel für die Behandlung von Krebserkrankungen. Ein Service- und Catering-Unternehmen aus dem Kreis Steinfurt hat einen Fingertippschutz für öffentliche Touchscreens entwickeln lassen und prüft dank des Innovationsgutscheins nun in Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitssicherheit, Umweltschutz, Gesundheitsförderung und Effizienz (AUGE) und dem Competence Center für Mikrobiologie und Biotechnologie (CCMB), wie die Chancen am Markt für diese Erfindung aussehen. Die Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass KMU bei FuE-Bestrebungen unterstützt werden. Zudem trägt dies dazu bei, auch perspektivisch Impulse für das Wirtschaftswachstum zu setzen und damit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Umso bedauerlicher ist es, dass SPD und Grüne diese Einschätzung offenbar nicht teilen. Anders ist nicht zu erklären, dass die rot-grüne Landesregierung eine Absenkung der Innovationsförderung schon im Jahr 2013 um mehr als Hälfte vorgenommen hat und auch 2014 eine Anhebung im Etatentwurf nicht vorgesehen ist. Hierbei sind ausgerechnet die Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen, von denen besonders kleine und mittlere Unternehmen durch das Innovationspaket profitieren, massiv gekürzt worden – von über 12 Millionen Euro auf nur noch rund 5 Millionen Euro. Das hat Auswirkungen: So können ausweislich der Homepage des Wissenschaftsministeriums zurzeit bereits keine Anträge mehr auf Förderung von Innovationsassistenten gestellt werden. „Im Hinblick auf noch ausstehende Entscheidungen über die künftige Struktur des Programms "Mittelstand.innovativ!" könnten zurzeit keine Anträge auf Förderung von Innovationsassistentinnen/Innovationsassistenten entgegen genommen werden“, heißt es auf der Homepage des Ministeriums. Das ist kontraproduktiv und politisch die falsche Weichenstellung.

Für KMU sind Förderimpulse für den Wissenstransfer und für die Erzeugung von Innovationen unerlässlich. Hierbei brauchen sie zwingend einen verlässlichen und maßgeschneiderten Förderrahmen. Statt die positive Entwicklung, die mit dem Innovationspaket in Gang gesetzt worden ist, abzuwürgen, wäre es gerade für das Industrieland Nordrhein-Westfalen, das den Strukturwandel zu bewältigen hat, elementar wichtig, dass weitere Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und KMU entstehen, die wertvolle Synergieeffekte und neue Arbeitsplätze mit sich

bringen. Das Land NRW sollte daher KMU attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen bieten. Bestehende Instrumente sollten nicht minimiert oder eingestellt, sondern weiterentwickelt, optimiert und effizient ausgebaut werden.

Lokale Beratungsinfrastrukturen optimieren – Zugang zu Fördermitteln vereinfachen

Die Vielzahl der fördernden Stellen, die Komplexität der Förderrichtlinien, die Vielfalt der Förderprogramme, Ansprechpartner, Antragsberechtigungen, Ausführungsbestimmungen und Ablaufbestimmungen sind nicht dazu geeignet, KMU als Antragsteller für Förderprogramme zu ermutigen. Die EU und der Bund – z. B. mit dem 8. EU-Rahmenprogramm (NRW-EU Ziel 2-Programm) oder mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) – als auch das Land versuchen mit einer Reihe von Förderprogrammen, den KMU den Wissenstransfer zu erleichtern. Ebenso bieten der Technologie-Transfer-Ring Handwerk NRW und die NRW.Bank hierfür spezielle Maßnahmen an. Problematisch dabei ist jedoch für kleine und mittlere Unternehmen die faktische Erreichbarkeit dieser Förderinstrumente. Denn den meisten KMU fehlen das Personal, das Know-how, Zeit und Kapazitäten, um entsprechende Anträge für Forschungs- und Technologieprogramme zu stellen und sich an diesen zu beteiligen. KMU benötigen daher einen einfacheren Zugang zu Programmen der Forschungsförderung, etwa durch eine praxisnahe und kostenfreie Beratung. Das gilt vor dem Hintergrund der schwieriger werdenden Situation für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bei der zukünftigen Vergabe von EU-Fördermitteln in der Förderperiode 2014 bis 2020 umso mehr.

Um hier die Rahmenbedingungen in NRW weiter zu verbessern, sollte in Zusammenarbeit mit KMU-Vertretern, Förderern, Kommunen, örtlichen Industrie- und Handelskammern und den Wissenschaftsinstitutionen geprüft werden, inwieweit ein zentral koordiniert, aber regional orientiertes Online-Angebot helfen könnte, KMU den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern und Anwender und Forscher frühestmöglich zusammenzubringen, um Ideen schneller zu verwerten und umzusetzen. Ein solches Portal, das beispielsweise mittels eines Projekts entwickelt werden könnte und in das die regionalen Spezifika und die direkten Ansprechpartner vor Ort eingepflegt werden können, könnte Kommunen und kommunalen Wirtschaftsförderern zur Implementierung in das eigene Online-Angebot angeboten werden.

Ein derart interaktives Internetportal – „Inno-NRW“ – könnte KMU in Nordrhein-Westfalen mit einer Entwicklungsidee entlang eines verständlichen und schrittweise aufgebauten Entscheidungsbaumes so zielgerichtet begleiten, dass an dessen Ende verlässlich eine Beratungsstelle oder ein(e) Berater(in) steht, die/der konkret weiterhelfen kann. Idealerweise sollte das Portal auch eine Übersicht bzw. einen Abgleich der verschiedenen Förderprogramme von EU, Bund und Land ermöglichen. Auf Erfahrungswerte aus den Programmen „Mittelstand.innovativ!“, „Mittelstands-Offensive“ (Projekt „mittelstandsfreundliche Verwaltung“), der Innovations.Allianz und dem Bundesprojekt „KMU-INNOSTRAT“ sollte hierbei zurückgegriffen werden, ggf. bieten sich auch Verknüpfungen an.

Darüber hinaus schlägt der Bundesverband mittelständische Wirtschaft Unternehmervverband Deutschlands e.V. (BVMW) in seinem Mittelstandsprogramm für Nordrhein-Westfalen 2012-2017 vor, dass an Hochschulen Transferprofessuren eingeführt werden sollen, die mittelständischen Unternehmen als Ansprechpartner und Scouts für Wissenstransfer und Forschungskooperationen zur Verfügung stehen. Zudem wird angeregt, bei der Patentvermarktung von Forschungsergebnissen mittelständischer Unternehmen auf regionale Public Private Partnership (PPP)-Abkommen zu setzen.

Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Neben diesen Maßnahmen der direkten Forschungs- und Entwicklungsförderung ist es darüber hinaus ergänzend notwendig, in einem ersten Schritt die aktuell im Steuerrecht befindlichen negativen Rahmenbedingungen für eine Forschungs- und Entwicklungsinvestition (z. B. Zinsschranke, die Regelungen zur Funktionsverlagerung und § 8 KStG) zu minimieren. In einem zweiten Schritt sollte eine indirekte und damit steuerliche, wirtschaftlich effektivere FuE-Förderung angestrebt werden (z. B. in Form eines allgemeinen Tax Credits, von dem KMU faktisch in besonderer Weise profitieren). Denn Deutschland muss jungen Unternehmen die Möglichkeit zur Entfaltung bieten, um den technologischen Anschluss nicht zu verlieren.

II. Beschlussfassung

Die Innovationspotenziale von KMU in NRW müssen besser ausgeschöpft werden. Um diese weiter zu stärken, bedarf es einer zielgerichteten Innovationsförderung, die FuE-Bestrebungen und -Aktivitäten der KMU verstetigt, ausbaut, Anreize setzt und den Wissenstransfer verbessert.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. das erfolgreiche Förderprogramm für den Wissenstransfer KMU „Mittelstand.innovativ!“ mit dem dazugehörigen Innovationspaket (Innovationsgutscheinen, -darlehen und -assistenten) nicht einzustellen oder auf ein Minimum zurückzufahren, sondern weiterzuentwickeln, zu optimieren und auszubauen.
2. FuE-Bestrebungen der KMU zu unterstützen, indem auf transparente und vereinfachte Förderverfahren, klar strukturierte technologieoffene Förderprogramme, vereinfachte Abwicklungsbürokratie, einen vereinfachten Zugang zu Risikokapital mit steuerlicher Anerkennung und einen vereinfachten Zugang zu Ergebnissen und technischen Möglichkeiten von Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen hingewirkt wird. Programme zur Förderung des Wissenstransfers für KMU sind flexibel und technologieoffen auszugestalten bzw. nicht auf einzelne Branchen festzulegen.

3. die (lokalen) Beratungsstrukturen für KMU zu verbessern und zu prüfen, inwieweit ein zentral koordiniert, aber regional orientiertes Online-Portal auf den Weg gebracht werden kann, das KMU mit FuE-Bestrebungen zielgerichtet unterstützt und begleitet.
4. zu prüfen – ggf. durch Modellprojekte –, inwieweit der Wissenstransfer und die FuE-Bestrebungen von KMU durch eine gezielte Förderung von Transferprofessuren verbessert werden können und ob die Patentvermarktung mittels PPP-Abkommen durch die Entwicklung eines Standardmodells in Kooperation mit Vertretern des Mittelstands optimiert werden kann.
5. sich in geeigneter Weise – ggf. über eine Bundesratsinitiative – dafür einzusetzen, dass Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von KMU auch steuerlich gefördert werden.

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth
Ralph Bombis

und Fraktion